

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/205

Bonn, den 26. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|------------------------------|---------------|
| 1 - 1a | Haben Sie Mut, meine Herren! | 60 |

Parlamentsmehrheit sollte den Haushaltsentwurf
der Regierung zurückgeben

Von Max Seidel, MdB

| | | |
|----|------------------|----|
| 1a | Ausweg Neuwahlen | 28 |
|----|------------------|----|

Zum Bonner Durcheinander

| | | |
|---|-----------------------|----|
| 2 | Für und gegen das "C" | 46 |
|---|-----------------------|----|

Auch ideologischer Krach in der Union

Von Dr. Heinz Kornetzki

| | | |
|-------|---|----|
| 3 - 4 | "Die Integration schockiert uns nicht..." | 97 |
|-------|---|----|

Europäisches Parlament zieht die Jahresbilanz der EWG

Von Egon C. Heinrich

SELBSTBESTIMMUNG UND ENGAGEMENT bringt heute:

Unrecht nicht zum Recht erklären
Zu guter Nachbarschaft bereit
Offenes Gespräch mit unseren Nachbarvölkern
Diskussion um Reserven im Lastenausgleichsfonds
"Tausend Jahre Kirche Polens" im Streitgespräch
Schlesische Rastplätze in Bayern

Haben Sie Mut, meine Herren!

Parlamentsmehrheit sollte den Haushaltsentwurf
der Regierung zurückgeben

Von Max Seidel, MdB

Am 29. September 1966 verabschiedete das Kabinett Erhard den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltes für das Rechnungsjahr 1967. Am 7. Oktober 1966 wurde das Haushaltsgesetz 1967 mit dem Finanzplanungsgesetz, dem Steueränderungsgesetz und dem Zweiten Gesetz über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommen- und Körperschaftssteuer dem Bundesrat zugeleitet. Nach dem Arbeitsplan der Bundesregierung soll der Bundestag Anfang November den Haushaltsentwurf erhalten.

In den mehr als 30 Tagen, da die Bundesregierung den Entwurf der Öffentlichkeit vorlegte, verging kein Tag, an den nicht innerhalb der Koalition das größte Durcheinander über die Beurteilung des Entwurfes sichtbar wurde. Ein einmaliger Vorgang, wenn man an vergangene Jahre zurückdenkt. Die Regierungsparteien streiten sich im wesentlichen um die angebotenen Ausgleichsvorschläge der Bundesregierung im Haushaltsentwurf.

Wenn es nur darum ginge, könnte man für neue Anregungen und Vorschläge dankbar sein. Doch darum geht es in Grunde nicht mehr. Schließlich müssen auch die treuesten Prätorianer der Bundesregierung einsehen, daß das Hauptübel des vorgelegten Haushaltsentwurfes darin liegt, daß er dem Auftrag des Grundgesetzes nicht entspricht. Der Auftrag lautet: "Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt. Er ist in Einnahme und Ausgabe auszugleichen".

In der Tat, weder die Einnahmen (Steuerschätzungen und die Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer), noch die Ausgaben (Devisenausgleich) entsprechen den tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten im Entwurf. Das hätte zumindest vor der Verabschiedung des Entwurfes durch das Kabinett abgeklärt werden müssen. Jeder Finanzreferent einer Großstadt würde von seinem Stadtparlament solch dubiosen Haushaltsentwurf zurückhalten. Ob die Mehrheit des Bundestages solchen Mut aufbringt, müßte sich Anfang November erweisen. Schließlich ist die Bundesregierung durch das Grundgesetz angehalten, dem Haushaltsplan entsprechend der finanziellen Realitäten und nicht nach der "Eätt-ich-ger-Vorstellung" aufzustellen.

Anscheinend ist der Bundesfinanzminister eisern. Für ihn ist der vorgelegte Entwurf mit 73,9 Milliarden DM auf dem Papier in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Sagte er doch vor dem Kongreß der Steuerbevollmächtigten am 17. Oktober 1966 in Berlin: "Wer immer aus diesem Gebäude einen Stein, der ihm nicht gefällt, herausbrechen möchte, muß einen anderen, ebenso tragfähigen Stein anbieten, der statt des herausgenommenen eingefügt werden könnte. Wer heute nur kritisiert und NEIN sagt, ohne tragfähige Ersatzlösungen anzubieten, schadet der Sache".

Und an die Adresse der sichtbar aufgeregten, nervösen Koalitionsparteien gerichtet, die mal getrennt, dann vereint, mal mit

Erhard, nebenbei mit Dahlgrün auch, über das Kuckucksei des Haushaltsentwurfes sich in den Haaren liegen, sagt er ganz gelassen: "Bis jetzt habe ich keine Alternativen gehört, die den Vorzug vor dem verdienten würden, was die Regierung vorgeschlagen hat. Das wird sich - so möchte ich meinen - zeigen, wenn sich der S t a u b (!) gelegt hat, der im parlamentarischen Raum verursacht worden ist".

Warum, so muß man fragen, stürzen sich die Herren von der CDU/CSU und der FDP in diese staubige Arbeit der Suche nach Alternativen? Das ist alles viel zu früh. Sie zerbrechen sich die Köpfe um einen Haushaltsentwurf 1967, den die Bundesregierung erst mal in korrekter Weise in Einnahmen und Ausgaben ausgleichend dem Parlament vorlegen sollte.

Haben Sie Mut, meine Herren, geben Sie diesen Haushaltsentwurf der Bundesregierung zurück.

+ + +

Ausweg Neuwahlen - Zum Bonner Durcheinander

sp - Die Vorstellung, die vom Bundeskanzler Erhard "geführte" Bundesregierung noch drei Jahre im Amt zu wissen, wirkt beklemmend. Regierung und Koalitionsparteien liefern in diesen Tagen eines der kläglichsten Schauspiele der deutschen Nachkriegszeit. Dass sich Partner, auch Regierungspartner, oft zusammenraufen müssen, ehe sie eine gemeinsame politische Aktionsbasis erreichen, gehört zum parlamentarischen Betrieb; das ist nichts Ungewöhnliches. Auch in der Vergangenheit hat es Koalitionskrisen gegeben, doch immer glätteten sich die oft künstlich aufgepeitschten Wogen. Dieses Mal scheint der Konflikt zwischen FDP und den Unionsparteien, ausgelöst durch die Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt 1967, umfassender und tiefer zu sein, wobei sicherlich bei der FDP der Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern ein mitbestimmender Faktor in ihrer Haltung sein mag. Die CDU ist schwer angeschlagen, ihre Glanzzeiten sind vorbei, sie steckt in einer Führungskrise, aus der sich kein Ausweg abzeichnet. Daraus versucht die FDP Kapital zu schlagen und eine Position der Härte zu beziehen. In früherer Zeit pochte dieser Junior-Partner stolz auf seine Erfolge in der Regierungskoalition. Jetzt, angesichts der sich ausbreitenden Finanzanarchie, möchte die FDP ihre Hände in Unschuld waschen. Sie tut so, als ob nur die Unionsparteien allein für den Schlamassel verantwortlich sind. Seine Partei könne auch einen anderen Partner wählen, liess sich Herr Mende vernehmen. War das als Erpressung der CDU gedacht?

Wie immer auch der Streit zwischen den Koalitionsparteien ausgehen, oder ein Kompromiss aussehen mag, er wird brüchig sein und der Regierung keine Rückenstärkung geben. Der Ruf nach Neuwahlen dürfte sich verstärken. Jeder Tag liefert mehr Beweise des Unvermögens dieser Regierung, mit unseren nationalen Problemen fertig zu werden. Den grössten Dienst, den sie sich selbst und unserem Volk erweisen würde, wäre ihr Rücktritt. Er ist nun zum wichtigsten Punkt auf der Tagesordnung deutscher Politik geworden.

+ + +

Für und gegen das "C"

Auch ideologischer Krach in der Union

Von Dr. Heinz Kornetzki

Innerhalb der CDU ist es zu einem handfesten Krach gekommen. Grund: das "C". Während sich der linke Flügel der CDU, ferner Kreise der CDU-Sozialausschüsse und CDU-Politiker an Rhein und Ruhr zu einer "Los-vom-C-Bewegung" formieren (so formuliert ein CDU-naher Dienst mit "vertraulichen Informationen aus Kirche und Politik"), versuchten konservative Polit-Katholiken eine "Zurück-zum-C-Fronde" ins Leben zu rufen. Beide Lager rechtfertigen ihr ideologisches Schermützel mit der bedrohlichen zunehmenden Abwanderung traditioneller Unions-Wähler.

Die Los-vom-C-Kämpfer argumentieren mit dem Hinweis, daß die Verbindung zwischen Kirche und Union die Partei zusehends in die Isolierung geführt habe. Der katholische Wähler, heißt es, lehne eine solche Verbindung ab. Man spricht von einer "geheimen Wahlanalyse" der verlorenen NRW-Wahl vom 10. Juli, aus der herauszulesen sei, daß die Nähe der Kirche zur CDU der Partei "nur noch schaden kann".

Das Organ der CDU-Sozialausschüsse, "Die soziale Ordnung", katötschte eben erst CDU-Wahlkämpfer nieder, die sich kirchliche Autorität anmaßen. Das sei unberechtigt, unklug und ein Beweis dafür, daß man die neue Lage im deutschen Katholizismus verkenne und die Folgen des Konzils falsch einschätze, hieß es. Und weiter:

- * "Wenn eines aus dem nordrhein-westfälischen Wahlergebnis mit Sicherheit abzuleiten ist, dann dieses: viele katholische Wähler
- * wollen keine CDU, die noch katholischer ist, als sie zeitweilig
- * ohnehin war."

Gegen solche Tendenzen, die sich gegen das katholische Privileg innerhalb der Union richten, fordern andere Kreise der CDU/CSU eine Rückorientierung auf das "C", das sie als katholisch verstehen. Die "Politische Arbeitergemeinschaft Kirche und Welt" um Baron Guttenberg, die in scharfer Konfrontation zum "Evangelischen Arbeitskreis" um Außenminister Schröder getreten ist, ist die Essenz dieser Kreise. Ihr Argument: Der Grund für das Abspringen vieler Katholiken von der Union sei der Verlust der Glaubwürdigkeit des "C". Die CDU werde in der Gunst der Wähler noch weiter sinken, wenn sie weiterhin das Ziel einer "nach allen Seiten geöffneten Volkspartei" verfolge. So hieß es in einem Kommentar der Katholischen Nachrichten-Agentur, die mit dem CSU-Chef Franz Josef Strauß "mehr katholische Solidarität" fordert und sich damit im Gegensatz zu anderen Katholiken und vor allem Protestanten der CDU gegen eine Öffnung der Union zu einer Volkspartei spreizt.

Kanzler Erhard nimmt diesen ideologischen Krach in seiner Partei zum Anlaß, um den selbst von seinen Freunden ihm zugesteckten "Schwarzen Peter" des politischen Spiels weit von sich zu weisen - nämlich nach Rom. Vor seiner Fraktion verstieg sich Erhard zu der Behauptung, an der Wahlniederlage der CDU in NRW sei das Zweite Vatikanische Konzil schuld. "Die Stimme der Familie", das Organ des Familienbundes der deutschen Katholiken, dazu lapidar: "Man sollte die Schuld nicht in Rom, sondern bei sich selber suchen."

"Die Integration schockiert uns nicht..."

Europäisches Parlament zieht die Jahresbilanz der EWG

Von Egon O. Heinrich

Eine reichlich negative Bilanz der letzten 12 Monate EWG hat das Europäische Parlament jetzt auf seiner einwöchigen Oktobersitzung in Straßburg gezogen. Im Mittelpunkt der Tagungswoche stand die Beratung eines Berichts der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, der SPD-Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel, über den 9. jährlichen Tätigkeitsbericht der EWG-Kommission. Die Politikerin bezeichnete das vergangene Jahr als das bisher enttäuschendste für die europäische Politik. Es brachte einen Rückfall in betont nationalstaatliches Verhalten, zwar Fortschritte in der Schaffung des Gemeinsamen Marktes, aber keinerlei Fortschritte in Bezug auf die Demokratisierung. Das Zustandekommen der Beschlüsse für die gemeinsame Agrarpolitik konnte nur mit vielen Konzessionen an nationalen Interessen erkauft werden. Der Präsident der EWG-Kommission, Professor Walter Hallstein, stimmte dieser Beurteilung weitgehend zu.

Ursache für die Enttäuschung ist die mit dem Luxemburger Kompromiß vom Januar 1966 überwundene, bisher schwerste politische Krise der Gemeinschaft. Das Parlament begrüßte zwar ebenso wie die Vertreter der EWG und der Euratom-Kommission die Beilegung der Krisensituation. Andererseits waren sich die 142 Europaparlamentarier aus den sechs EWG-Ländern darüber einig, welchen Schaden für den Gemeinschaftsgeist und die künftige Entwicklung der Integration die Krise hinterlassen hat. Der politische Schwung der Gemeinschaft ging zum Teil verloren. Die nationalen Interessen kamen immer stärker zur Geltung. Es besteht die latente Gefahr, daß man sich auf dem kleinsten Nenner einigt und daß der schlechteste Europäer die Fahrt des Konvois EWG bestimmt. Zur Zeit kursiert in EWG-Kreisen das Bonmot: "Die EWG besteht aus fünf Partnern und einem Mitgliedsland". Angesichts dieser realistischen Bestandsaufnahme richtete sich die heftige Kritik der Abgeordneten gegen den Ministerrat d.h. gegen die sechs Regierungen. Ihm wurde die Schuld für das Fehlen und die Stagnation der Gemeinschaftspolitik auf wichtigen Gebieten gegeben. Zu ermahnen ist hier nur an die noch immer nicht zustandegekommene Fusion der Exekutiven, an die Energie-, Verkehrs-, Sozial- und Außenhandelspolitik der Gemeinschaft. Käthe Strobel bezeichnete den Rat in seiner heutigen Aktion und Reaktion eher als eine Bremse für eine umfassende Gemeinschaftspolitik denn als den Motor, der er als Gemeinschaftsorgan sein sollte.

Bereits am Vortage hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Merten bei der Beratung des Gesamtberichts über die Entwicklung der Europäischen Atomgemeinschaft das wenig europäische Verhalten der sechs Regierungen schonungslos an den Pranger gestellt. Er warf ihnen vor, daß sie in Euratom immer mehr eine lästige Konkurrenz zu ihren eigenen nationalen Kernenergieanlagen sehen und nicht eine Gemeinschaft, die sie laut Vertrag mit allen Kräften zu fördern hätten. Ein solches Verhalten stehe im Widerspruch zu den zahlreichen Europabekanntnissen der führenden Politiker. Euratom leidet besonders darunter, daß sich die Regierungen fast nie über das Forschungsprogramm einigen können. Einen großen Unsicherheitsfaktor für die Forschungsarbeit ist die noch

immer nicht zustandegekommene Fusion der drei Exekutiven von EWG, Euroatom und Hohe Behörde der Montanunion.

Unter der besonders von den europäischen Sozialdemokraten verlangten Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft ist die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit wirklichen Befugnissen und die Direktwahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu verstehen. Der EWG-Vertrag bestimmt in Art. 138 Abs. 3, daß der Rat auf Vorschlag des Europäischen Parlaments Bestimmungen über die direkte Wahl des Europäischen Parlaments zu erlassen hat. Die Vorschläge des Parlaments dafür liegen bereits seit sechs Jahren auf dem Tisch. Der Rat konnte wegen des französischen Widerstands bisher noch keinen einstimmigen Beschluß darüber fassen. Käte Strobel regte daher an, das Parlament solle vor dem Europäischen Gerichtshof eine Untätigkeitsklage gegen den Rat anstreben. Die SPD-Abgeordnete kritisierte in diesen Zusammenhang auch eine andere Entwicklung: Den sog. Ausschuß der Ständigen Stellvertreter - das sind die sechs Botschafter der Mitgliedsländer bei der EWG in Brüssel - werden vom Ministerrat immer mehr Vorschlags- und Entscheidungsbefugnisse zugewiesen. Dadurch wird einerseits das Initiativ- und Vorschlagsrecht der EWG-Kommission ausgehöhlt und andererseits die Änderungsvorschläge des Europaparlaments erst gar nicht mehr im Ministerrat beraten, sondern vorab von den ständigen Botschaftern ad acta gelegt. Es bestehe die Gefahr, daß der Ausschuß der ständigen Vertreter an die Stelle der EWG-Kommission trete. Durch diese Salami-Taktik wird die Stellung der EWG-Kommission und des Europäischen Parlaments immer weiter geschwächt. Mit Recht appellierte die SPD-Politikerin an die EWG-Kommission, nicht aus Sorge vor einer neuen Krise eine zu vorsichtige Politik zu treiben. Arbeit und Politik der Kommission wurden trotz mancher Bedenken vom Parlament wiederum grundsätzlich gebilligt. Europäisches Parlament und EWG-Kommission sind heute mehr denn je die vorwärtsdrängenden Kräfte in der Integrationspolitik.

Nach den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom Mai und Juli über die Agrarpolitik und die Kennedy-Runde ist jetzt jenes Stadium erreicht, an dem kein Land mehr aus der EWG zurück kann. Darauf wies im Europahaus auch der gaullistische Sprecher de Lipkowski hin, der in der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik den wahren Integrationsfaktor sieht und nicht in der Industrie. Seine Rede wurde übrigens als eine kleine Überraschung aufgenommen, hatte man doch derart EWG- und integrationsfreundliche Äußerungen schon lange nicht mehr aus gaullistischem Munde gehört. "Die Entwicklung geht auf eine größere Einschränkung der Souveränität hinaus; das föderative Endziel" ("die Integration schockiert uns überhaupt nicht"), so sprach de Lipkowski. Vor einem halben Jahr hörte man es noch anders. Es erscheint auch zweifelhaft, ob man im Blysee-Palast und am Quai d'Orsay die gleiche Haltung einnimmt. Das Verhalten Couve de Murvilles im EWG-Ministerrat spricht nicht dafür. Die plötzliche Europafreundlichkeit dürfte eher ein Versuch sein, den französischen Oppositionsparteien angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung den europäischen Wind aus den Segeln zu nehmen.